

SENIORENAUFSTAND



囁

囁 News In Sachen Rente steht es zwischen Österreich – Deutschland: 4:0

In Sachen Rente steht es zwischen Österreich – Deutschland: 4:0

Reiner Heyse 24. Januar 2017 News

In Sachen Rente steht es zwischen Österreich und Deutschland



Der Vergleich zwischen den Altersversorgungssystem Deutschlands und Österreichs führt zu eindeutigen Ergebnissen. Sportlich ausgedrückt:

- | | |
|--|-----|
| Das Rentenniveau in Österreich ist deutlich höher (70 bis 100 %): | 1:0 |
| Das Rentensystem ist deutlich gerechter (ein System für alle): | 2:0 |
| Das Rentensystem ist deutlich armutsfester (Mindestrente): | 3:0 |
| Die Renten sind deutlich zukunftssicherer (reine Umlage): | 4:0 |

Dabei waren die Ausgangsbedingungen vor 20 Jahren nahezu gleich: Anfang der 2000er Jahre sollten in beiden Ländern die umlagebasierten öffentlichen Rentenversicherungssysteme zugunsten der Privatversicherung abgebaut werden.

Die Unterschiede:

In Österreich wollte die konservative Schüssel-Regierung die „Reform“ durchsetzen und bekam sehr schnell heftigen Widerstand aus der Gesellschaft – Gewerkschaften führten dazu Warnstreiks durch. Das Privatisierungsprojekt scheiterte, stattdessen wurden Reformschritte zur Festigung und zum Ausbau der Umlagefinanzierung eingeleitet...

In Deutschland wurde die Riester-/Rürup-Reform von Rot-Grün mit Unterstützung von CDU/CSU und FDP durchgeführt. Der schwache Protest blieb fast ungehört, die Gewerkschaften kooperierten von Anfang an. Seitdem entfalten die Gesetzesänderungen ihre fatalen Folgen...

Nach den letzten OECD-Untersuchungen (2015) zum Versorgungsniveau der öffentlichen Rentensysteme für zukünftige Rentner in der EU befindet sich Österreich in der Champions-Liga, Deutschland hingegen ist auf dem Weg in die Kreisklasse.

In Zahlen:

Nettoersatzquote der Rente bei Durchschnittsverdienst in Österreich: 91,6%

Nettoersatzquote der Rente bei Durchschnittsverdienst in Deutschland: 50,0%

Nettoersatzquote der Rente bei Durchschnittsverdienst im EU28 Durchschnitt: 70,9%

Was wurde in Österreich richtig gemacht?

Nachdem das Vorhaben der Privatisierung der Altersvorsorge gescheitert war, wurden Reformen eingeleitet mit folgenden Ergebnissen:

Einführung einer **Erwerbstätigen-Versicherung (Pensionsharmonisierung)** in die alle Arbeitnehmer, Selbständige, Politiker, Landwirte und (fast alle) Beamte einzahlen und gleiche Ansprüche haben.

Beiträge Arbeitnehmer: 10,25%

(Zum Vergleich Deutschland: 9,35%)

Beiträge Arbeitgeber (kein Tippfehler): 12,55%

(Zum Vergleich Deutschland: 9,35%)

Durchschnittliche Neu-Rente (Netto vor Steuer) langjährig Versicherter im Jahr 2013:

Männer: **1.820€**

(Zum Vergleich Deutschland: 1.050€)

Frauen: **1.220€**

(Zum Vergleich Deutschland: 590€)

Die **Mindestpension** beträgt in Österreich seit 2017 für Alleinstehende, die mindestens 30 Jahre Beitrag gezahlt haben **1.000€** (Grundsicherung in Deutschland ca. 800€).

Das Österreichische Rentensystem ist ein **reines Umlageverfahren**. Es wird nichts gespart und damit in unsichere langfristige Kapitalanlagen gesteckt. Es ist damit ungleich sicherer und sorgt für ständige, die Wirtschaft belebende, Nachfrage.

Wichtig sind noch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Österreich und Deutschland. Sie sind, was Wirtschaftsentwicklung, Einkommenshöhen und Altersstruktur angeht, nicht sehr unterschiedlich. Der wesentliche markante Unterschied besteht in den exorbitant hohen Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands (siehe auch **WSI-Report 1/2016, S.18-20**).

Bleiben die Fragen zu klären:

Warum in drei Teufels Namen nehmen die verantwortlichen Politiker in Deutschland keine Kenntnis von dem haushoch überlegenen System im Nachbarland?

Warum zeigen sie Null-Bereitschaft, den eingeschlagenen katastrophalen Weg, der zu aber-millionenfacher Altersarmut führen wird, rückgängig zu machen?

Warum ignorieren sie damit auch die Gefahren, die für das gesamte Gemeinwesen daraus erwachsen, weil es Futter für die rechten Hetzer erzeugt?

Mögliche Antworten:

Den verantwortlichen Politikern ist das Hemd näher als die Hose. Ihre Posten und Pfründe können sie nur sichern, wenn sie systemkonform bleiben (oder werden). Systemkonform bleiben sie, wenn sie die Interessen der Mächtigen und der Geldquellen bedienen.

Der Beitragsunterschied zwischen Österreich und Deutschland beträgt über 4%-Punkte. Das sind in Deutschland 50 bis 60 Milliarden € pro Jahr, die nicht in die Rentenversicherung sondern in die Kassen der Versicherungskonzerne gehen

sollen. Jahr für Jahr. Macht in 10 Jahren über 500 Milliarden, nach zwanzig Jahren über 1 Billion € aus. Wer glaubt, dass diese ungeheuren Summen und die daraus erwachsenden Profite keinen Einfluss auf die Politik nehmen, kann getrost seinen Wunschzettel an den Weihnachtsmann ausfüllen.

Die Bedienung der Interessen der Finanzindustrie lassen sich wunderbar mit den Interessen der Unternehmen nach Senkung der Lohnkosten (weniger Sozialversicherungsbeiträge) und den Interessen der Politiker bzw. Spitzenbeamten, in kurzer Zeit zu sicheren und hohen Pensionen zu kommen, verbinden.

Dieser unerträgliche Zustand kann nur von unten durchbrochen werden. Gewerkschafter und Wahlbürger müssen ernst machen: Wer weiter Politik gegen die Interessen von über 90% der Bevölkerung macht, wird nicht gewählt.


Weiterführende Informationen:

Alterssicherung in Deutschland und Österreich: Vom Nachbarn lernen? WSI-Report 1/2016

Österreich: Gesetzliche Pensions-Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen (rentenreform-alternative.de)

Renten in Österreich 73% – 107% höher!

Lesezeichen.

 **Frau Nahles präsentiert als Zauberkünstlerin ein „Gesamtkonzept“**

 **18 Kommentare:**

Illoinen

26. Januar 2017 um 3:52 pm

Ich glaube es ist alles noch viel schlimmer.

Man will nicht sog. „Rechtepopulisten“ verhindern, sondern verhindern, dass „soziale Politik“ auch in Zukunft in Deutschland keine Zukunft hat. Denn wenn „rechte Populisten“ in die Parlamente vom Volk gewählt werden, können sich CDU/CSU/SPD/Grüne und FDP als „soziale“ Parteien verkaufen. Was sie ja dann, gegen AfD und Co. und anderen auch wären? Tatsächlicher aber sind o.g. Parteien wirtschaftlich eine Einheitspartei, die bisher regelmäßig bei Bundestagswahlen zusammen über 80% der Wählerstimmen erhalten haben, und damit eine Mehrheit denen die Stimme geben, die gegen ihre eigenen Interessen in diesem Land Politik machen.

Mir kann oder will keiner bis heute erklären, warum man die unsäglichen Beitragsbemessungsgrenzen nicht endlich abschafft? Oder die vielen Steuerausnahmetatbestände für die Spitzenvermögen und Einkommen, die unsägliche unterschiedliche Besteuerung von Kapitaleinkünfte gegenüber Arbeitseinkünften und vieles mehr. Wieder lassen sich auf Grund dieser Politik, Millionen Menschen verführen, Parteien zu wählen, welche alles nur keine soziale Gerechtigkeit wollen.

Warum wird immer über die Demographie geschrieben und gesprochen, ohne aber gleichzeitig über die höhere Produktivität zu sprechen oder zu schreiben, oder warum werden nicht auch die Zahlen öffentlich gemacht, wie viele tatsächlich heute das 65. Lebensjahr tatsächlich erreichen, und wie viele vorher sterben? und warum werden die Zahlen nicht veröffentlicht, wie viele Millionen bzw. Milliarden an Rentenleistungen dadurch jährlich eingespart werden? In meiner Familie jedenfalls sind so wohl meine Eltern, als auch Großeltern mütterlicher sowie väterlicher Seite und einige andere Verwandte vor dem 65 Lebensjahr verstorben?

 **Antworten**

Kohlhas

26. Januar 2017 um 2:40 pm

Na, da haben Sie Recht, dass mit der Krankenkasse gehört auch dazu. Ich mache da auf einen Bericht bei Büro gegen Altersdiskriminierung von heute Aufmerksam der heute unter dem Tittel Gesetzliche Krankenversicherung: Staatskapitalistisches Hütchenspiel geschrieben steht.

Ich habe da gestern mit einer Frau gesprochen die mir sagte, dass Sie für ihrer Mutter jeden Monat fast 80 € für Notwendige Medikamente zuzahlen muss.

Ja und ich denke, dass ist noch längst nicht die Spitzes des Eisbergs.

Ich habe das Glück löl berufsbedingt unter Lärmschwerhörigkeit zu leiden und trage deshalb Hörgeräte und jetzt nach sechs Jahren kann ich neue Beantragen dessen Kosten aber die BG trägt und die zahlen erheblich mehr wie die Gesetzliche Krankenkasse.

Ja und Herr Schwager ich weiß nicht ob Sie gestern Maischberger gesehen haben. Der Mensch von der CDU in der Sendung die sehen alles nur in Verbindung zur Wirtschaft bzw Wirtschaftlichkeit. Soziales Gerechtigkeit nehmen die nicht in den Mund. Industrie und Wirtschaft haben es geschafft Europaweit Politik für sich einzunehmen.

Ja und Deutschland spielt eine Sonderrolle ob es die Krankenversicherung, die Rente, die Arbeitsverhältnisse, die Maut, oder ob es die Flüchtlinge sind. Dazu viele Gesetze die auch im Bezug zum Strafrecht stehen können auch Nachteilig für einzelne sein. Anderes wird nicht normal umgesetzt. Da etwa der Versorgungsausgleich, oder das Insolvenzrecht des einziger Vorteil es für normalbürger es ist in sechs Jahren Schuldenfrei zu sein. Oder auch jetzt wieder das neue Prostituiionsgesetz wo diejenigen nicht mitwirken können die ahnung davon haben und an deren Basis arbeiten.

Hier zeigt es sich ja, dass die das was hier alles geschrieben steht nicht beachtet wird. Kllar hab auch ich wut darüber.

[↵ Antworten](#)

Steinbock

26. Januar 2017 um 2:32 pm

Warum sollte unserer Parlamentsfüllmasse an hoher Wahlbeteiligung gelegen sein ? – Muß man nicht eher vom Gegenteil ausgehen; – – leitet doch diese Marionettentruppe – trotz gegenteiliger Bekundungen – aus einer rapide abnehmenden Wahlbeteiligung eine Zustimmung der hinterlassenen Opfer zu ihrem Mißmanagement ab .

[↵ Antworten](#)

Horst Beilhartz

26. Januar 2017 um 1:13 pm

Es ist ja nicht nur der Kahlschlag der Rentensysteme, den die SPD/ Grüne Regierung unter Schröder eingeleitet hat. Vielmehr ist ja das Krankenkassensystem total aus dem Ruder Gelaufen. Streichungen von Rehakosten, Zuzahlungen zu Medikamenten, Wegfall von Leistungen bei Zahnbehandlungen. Dazu Beitragssteigerungen bis zu 10 %, Das sind die Segnungen der damals mit viel Hoffnung gewählten SPD/ Grünen. Ein gutes hat die Sache, Der sogenannte Sozialstaat hat sich demaskiert. Meine Hoffnung auf eine Bürgernahe Politik ist zerstört.

Meines Erachtens hilft ein Wahlboykott , bei dem die Wahlbeteiligung so in den Keller geht, das sich die etablierten Parteien am Kopf kratzen müssen.

Irgendetwas haben wir wohl falsch gemacht.

Aber selbst bei einer Wahlbeteiligung von 20 % würden sie die Wahlergebnisse als Willen des Volkes deuten.

↳ Antworten

Horst Beilhartz

26. Januar 2017 um 1:07 pm

Es ist ja nicht nur der Kahlschlag der Rentensysteme, den die SPD/ Grüne Regierung unter Schröder eingeleitet hat. Vielmehr ist ja das Krankenkassensystem total aus dem Ruder Gelaufen. Streichungen von Rehakosten, Zuzahlungen zu Medikamenten, Wegfall von Leistungen bei Zahnbehandlungen. Dazu Beitragssteigerungen bis zu 10 %, Das sind die Segnungen der damals mit viel Hoffnung gewählten SPD/ Grünen. Ein gutes hat die Sache, Der sogenannte Sozialstaat hat sich demaskiert. Meine Hoffnung auf eine Bürgernahe Politik ist zerstört. Meines Erachtens hilft ein Wahlboykott , bei dem die Wahlbeteiligung so in den Keller geht, das sich die etablierten Parteien am Kopf kratzen müssen. Irgendetwas haben wir wohl falsch gemacht.

↳ Antworten

Pingback:[Über die Postfaktizität deutscher Rentenreformen und neoliberale Schockstarre vor Österreich – Maskenfall](#)

Heiner Holl

26. Januar 2017 um 11:32 am

da bisher über 90% die Renten-Senkungs-Super-Partei CDU/SUSP/GRÜ/DFP/AfD wählen und zwar mit einiger Wahrscheinlichkeit in ähnlicher Höhe auch bei der nächsten Wahl, sollte sich niemand wundern über die heutige Situation.

Merke: die Ösis sind doch nicht so blöd, wie sie von Piefke-Deutschland gerne hingestellt werden.....

↳ Antworten

Illoinen

26. Januar 2017 um 3:57 pm

Das Problem ist doch dass die Mehrheit wieder „verführt“ werden Parteien zu wählen, die noch Neoliberaler sind als, alle anderen Parteien es je waren und je sein werden. Somit können sich die etablierten als „soziale Parteien“ verkaufen“ da soziale Parteien nicht vertreten, und gegenüber AfD ja auch dann „sozial“ sind. Wie tief die Indoktrination über Jahrzehnte gewirkt hat und wirkt, macht uns wieder unser Besuch bei Verwandten in klein Städten deutlich.

↳ Antworten

Kohlhas

26. Januar 2017 um 10:21 am

Hallo guten Morgen an alle die hier Fleißig schreiben.

Ich wolte mal in die Runde fragen, wie euer Gefühl ist darüber, dass die SPD nun mit Martin Schultz nun einen neuen Kanzlerkandidat hat.

Ich möchte dazu hier meine Meinung abgeben.

Es bleibt abzuwarten, was und wie er sich dem deutschen Volk in den nächsten Monaten präsentiert.

Zunächst einmal ist dieser Rücktritt von Herrn Gabriell nicht Konsequent es ist für mich nur ein Wechsel von einem Posten zum nächsten der ihm bestimmt nicht weniger Gehalt bringt.

Im übrigen erstaunt es mich immer wieder wie Reibungslos dass dann vonstatten geht.

Da sticht der eine dem anderen kein Auge aus. Ich bezweifele aber ob Herr Gabriell zunächst einmal großer Erfahrungen auf dem Internationalen Parkett hat und weiß wie man der Politischen Lage auch und gerade was die Trump administration begegnen könnte aber auch allen anderen Herausforderungen. Nach meiner Meinung wäre da besser einer auf diesem Posten der zum einen Sozial denkt und zum anderen was unabdingbar wäre aus dem Diplomatischen Dienst kommt und Beispielsweise auch Botschafter war und bedingt dadurch Internationale Erfahrung hat.

Ich denke Herr Gabriell bleibt da bedingt durch die wenigen Monate bis zur Bundestagswahl auf diesen Parkett nur eine verblässende Randerscheinung die sowieso bei der Trump Regierung nicht ernst genommen wird obwohl die gerade dabei sind großes Ungemach anzurichten.

Was nun die Sozialpolitik betrifft, so dürfte es verdammt schwerfallen, dass die SPD so wie es jetzt aussieht die nächste Bundestagswahl zu Gewinnen. Denn alle Ministerinnen und Minister die diese unsoziale Politik mit der Agenda 2010 beginnend bleiben und mitverantwortlich bleiben ja zumindestens einmal bis zu einem Parteitag der SPD im Amt.

Ich denke, dass da auch ein Programm erstellt wird.

Es wäre aber vorraussetzung um Glaubwürdig zu sein unabdingbar die ganze Mannschaft auszutauschen. Ja unbedingt auch mit Menschen wie diese Putzfrau aus dem Ruhrgebiet.

Für mich auch im Hinblick auf die Rentenpolitik stellen die Linken diesbezüglich derzeit für mich derzeit eine Alternative dar. Aber leider dümpeln die um die 9% herum.

Keinesfalls aber ist CDU/CSU – AFD obwohl ich Grün als Farbe sehr mag Grüne – FDP eine Alternative.

 Antworten

C.S.

26. Januar 2017 um 4:17 pm

Hallo,

Schulz ist kein Mann für einen Neuanfang der SPD

Schulz ist kein Hoffnungsträger.

Das Hauptproblem der SPD – sie sind nicht mehr vertrauenswürdig.

Politik nur für Banken, Industrie usw. – fernab vom Willen des Volkes.

Im Mai sind Landtagswahlen in NRW, da sieht man dann den Trend.

 Antworten

Pingback:[Hinweise des Tages](#) | [NachDenkSeiten](#) – Die kritische Website

Manfred Hübner

25. Januar 2017 um 4:46 pm

Danke an das „Seniorenauftand“-Team für diese neuerlichen Fakten, dass es in der Rentenversicherung auch anders gehen kann, als die Abwärtsfahrt seit der ROT/ GRÜNEN – Bundesregierung unter Schröder; SPD!!!

Den nachfolgenden politisch Verantwortlichen ist außer weiteren Kürzungen, Demografie Hinweisen und weiterem Generationengerechtigkeitsgeschwafel nichts mehr zu den Absenkungen für die Rentenbezieher eingefallen.

Lediglich das das Thema „RENTE“ soll nicht den Bundestagswahlkampf 2017 bestimmen, dies war übereinstimmend zu hören, da es den Rentnern in Deutschland „ja gut geht...“!

Näheres dazu -und auch zu weiteren brisanten sozialen Fragen- finden sich auch unter NachDenkSeiten.de, die sich ebenfalls auf Aufhellung und soziale Gerechtigkeit bemühen.

Es kann gefährlich ausgehen aber es ist eine Tatsache: wenn die Regierenden den Kontakt zum Volk verlieren, wen wundert es dann noch, wenn sich das Volk andere Regierenden sucht!

Daher endlich aufwachen in Berlin: die jetzige gesetzliche Rentenwirtschaft ist n i c h t alternativlos – siehe Österreich!!!

[↵ Antworten](#)

Holger Mairoll

25. Januar 2017 um 11:30 am

Alles in allem stimmen die Kommentare von Kohlhas und Schwager, leider .

Ja, wir bräuchten dringend einen Systemwechsel, aber mit dieser A.(Pippi) Nahles und dieser ReGIERzung? Welche Partei würde, wenn sie mit in der ReGIERung ist, daran etwas ändern, wollen und können?

Frage: Welche Partei kann man wählen? Und da beginnt das Dilemma der Versicherungspflichtigen!

[↵ Antworten](#)

Jutta Schreiter

26. Januar 2017 um 1:43 pm

die Linke. Das ist die einzige Partei in Deutschland, die die ehemals sozialdemokratischen Themen auf der Agenda hat.

Aber die wird von unseren „Qualitätsmedien“ als unwählbar hin gestellt und der Deutsche glaubt es. Und genau deshalb haben wir das System, das wir haben und auch behalten werden

[↵ Antworten](#)

Pingback:[Rente: Vorbild Österreich? | ZWEITLESE](#)

Kohlhas

25. Januar 2017 um 9:17 am

Ach und noch etwas. Die Reden immer von Nachhaltigkeit und Sicherung dazu noch über ferne Zukunft dabei weiß noch niemand was für folgen Trums Politik in den nächsten Jahren für uns alle hat. Wer weiß schon was Morgen ist.

[↵ Antworten](#)

Kohlhas

25. Januar 2017 um 9:14 am

Hallo, grüße alle !

Nun die Deutsche Rentenversicherung hat aber vor einer Erhöhung der Rente gewarnt, In der Debatte um die Bekämpfung von Altersarmut hat die Rentenversicherung vor falschen Strategien gewarnt. Selbst eine ganz erhebliche Erhöhung des gesetzlichen Rentenniveaus würde bei zwei Dritteln der heute von Altersarmut Betroffenen nicht dazu führen, dass sie auf ein Einkommen oberhalb des Grundsicherungsanspruchs kämen, heißt es in einem Schreiben der Deutschen Rentenversicherung Bund an den Bundestag.

Aber es gibt ja auch noch andere Wege Bürger zu entlasten ! Wenn ich aber wie heute Morgen lese, dass schon wieder eine höhere KFZ Steuer im Gespräch ist glaube ich nicht daran, dass CDU/CSU jemals gewillt ist am bestehenden Rentensystem etwas zu ändern.

Ja und wenn ich überlege, wieviele Rechtsanwälte und Wirtschaftsfachleute im Bundestag sitzen denke ich, dass die sich doch selbst nicht den Ast absägen worauf diese Sitzen.

Leider glaube ich nicht daran, Österreich hin oder her, dass die wenn die Umfragewerte dann in etwa zur Bundestagswahl zutreffen sollten wie diese der Bevölkerung gezeigt werden so eintreffen sich irgendetwas verändert.

Was können wir aber anderes machen als weiterzumachen auch mit meinen Negativen Kommentaren und das möchte ich unbedingt.

Nun bin ich mal gespannt, was Martin Schulz da verändern will ? Nach meiner Meinung müsste er sich auch von der Nahles und anderen trennen denn sonst wird er gleich wieder unglaubwürdig.

Das was sich in Österreich tut, dass nehmen die zwar zur Kenntniss aber die Argumentieren dagegen.

Vielen Dank

Er müsste mit Leuten neu beginnen die wirklich noch soziale Kompetenz haben. Wenn ich mir aber das Ergebnis von Rentenpolitik-Watch in Erinnerung rufe dann dürften diese Leute fast ausnahmslos nur an der Parteibasis zu finden sein.

 [Antworten](#)

Harald Schwager

24. Januar 2017 um 9:05 pm

Das traurige für mich ist das die SPD immer noch verbreitet den deutschen Rentner/innen es gut geht und zwar am besten von allen Rentner/innen in Europa . Auch die Zahl der wohnungslosen (obdachlos) steigt rasant schnell bei Rentnern.

 [Antworten](#)

Schreibe einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind mit * markiert.

Kommentar

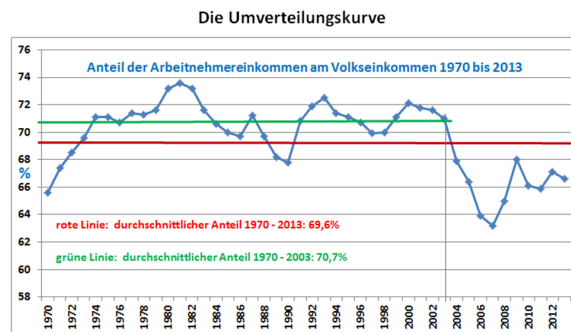
Name

E-Mail-Adresse

Website

Kommentar abschicken

Grafiken zum Seniorenaufstand



Anteil Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen
1970 - 2013 (mehr Infos: auf die Grafik klicken)

Themen

Altersverarmung (pdf)

Berechnung gesetzl. Rente (pdf)

aktueller Rentenwert (pdf)

Erwerbsminderungsrenten (pdf)

Generationenvertrag (pdf)

Mackenroth-Theorem (pdf)

Produktivitätsentwicklung (pdf)

Nachhaltige Finanzierung (pdf)

Demografie (pdf)

Versicherungsfremde Leistg. (pdf)

Riester-Rente (pdf)

Betriebl. Altersversorgung (pdf)

Berechnung private Rente (pdf)

Suchen



Newsletter

E-Mail *

Anmelden!

Links

[annotazioni](#)

[GEGENBLLENDE](#)

[Maskenfall](#)

[NachDenkSeiten](#)

[Portal Sozialpolitik](#)

[Vorsorgelüge](#)

[Aktion Demokrat. Gemeinschaft](#)

[Altersarmut per Gesetz](#)

[Büro gegen Altersdiskriminierung](#)

[DGB Senioren Hamburg](#)

[Alter ohne Not Grundgesetzgebot](#)

[BRR - Seite](#)

[RGD - Seite](#)

[DirektVersicherungsGeschädigte](#)

[Betriebsrentner e.V.](#)

Meta

[Anmelden](#)

[Beitrags-Feed \(RSS\)](#)

[Kommentare als RSS](#)

WordPress.org

Impressum

POWERED BY [TEMPERA](#) & [WORDPRESS](#).